

**EP-U-01NEU3** Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 11.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)  
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

- 1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen  
2 die  
3 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien  
4 und  
5 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die  
6 bislang  
7 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende  
8 Energie-  
9 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs  
10 geschaffen  
11 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie  
12 müssen nur angepackt werden!
- 13 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen  
14 wir bei  
15 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit  
16 Klimaschutz  
17 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir  
18 schützen  
19 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das  
20 in der Lage  
21 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der  
22 wir  
23 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt  
hat.  
Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben  
und unsere  
Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen  
haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am  
wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in  
den Ländern  
des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für  
Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als  
Klimaflüchtlinge  
auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen.  
Selbst die Weltbank  
rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,  
fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so  
oder so  
nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,

24 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue  
Schreckensmeldungen. Der  
25 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst  
auch bei  
26 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an  
27 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

28 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht  
nur,  
29 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt,  
sondern  
30 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und  
31 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die  
32 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl,  
Gas und  
33 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der  
Erneuerbaren  
34 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf  
Nachhaltigkeit und  
35 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer  
solchen,  
36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien  
basierende  
37 Energieunion notwendig.

38  
39 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter  
40 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten  
41 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die  
Meere leer  
42 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins  
43 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren  
wollen wir  
44 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

45 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an  
46 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in  
47 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln  
schon  
48 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen,  
Ingenieur\*innen,  
49 Wissenschaftler\*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen  
allen  
50 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom  
auskommt,  
51 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und  
52 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe  
plastikmüllfrei  
53 wird und unsere Meere schützt.

54 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft  
- das sind

55 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den  
56 Menschen  
57 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen  
58 Herausforderungen  
59 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger Gülle,  
60 weniger  
61 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr  
62 Lebensraum geben.  
63 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen,  
64 verbessern  
65 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotop  
66 und mehr  
67 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames  
68 Europa,  
69 das seine Umwelt und Natur schützt.

70 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment  
71 hinkt  
72 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für  
73 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen  
74 wir eine  
75 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen  
76 Ressourcen  
77 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die  
78 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte  
79 Mobilität  
80 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter  
81 von der  
82 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO<sub>2</sub>-Mindestpreis sorgen wir  
83 für  
84 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit  
85 schaffen  
86 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das  
87 alles geht  
88 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

### 74 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus** 75 **Kohle- und** 76 **Atomkraft**

76 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben  
77 weltweit  
78 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und  
79 über  
80 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind  
81 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der  
82 Garant  
83 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa  
84 durch  
85 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union  
86 bei dieser  
87 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile

deutlich  
83 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

84 Wir wollen das ändern! Wir wollen ein zu 100 % erneuerbares und ein  
energieeffizientes  
85 Europa als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische  
86 Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,  
87 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie,  
die wir  
88 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis  
2050  
89 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise  
90 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu  
begrenzen.  
91 Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990  
gesenkt werden.  
92 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr  
1990, um  
93 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen.  
Diese  
94 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der  
Klimawandel  
95 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

96 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung.  
Darüber hinaus  
97 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:  
98 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.

99 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien  
haben  
100 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance )  
101 angeschlossen, die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht.  
Diesen  
102 Vorreitern muss sich die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt  
an der  
103 klimaschädlichen Kohle festzuhalten.

104 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau  
der  
105 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige  
106 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa  
dürfen nicht  
107 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die  
108 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle-  
und  
109 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten  
110 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit  
erneuerbaren Energien  
111 betrieben werden. Ob CO<sub>2</sub>, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind  
112 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,

113 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen  
114 nicht nur  
115 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.  
116 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige  
117 Generationen  
118 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige  
119 Kohleausstieg darf nicht  
120 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich  
121 setzt  
122 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft . Die dort diskutierte  
123 Laufzeitverlängerung  
124 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass  
125 Atomkraftwerke, die  
126 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender  
127 Störfälle  
128 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine  
129 Schrottreaktoren  
130 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes  
131 Maximum von  
132 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und  
133 Fessenheim,  
134 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der  
135 Betrieb  
136 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer\*innen. Darüber  
137 hinaus  
138 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger\*innen und  
139 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe  
140 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen  
141 systematischer erfasst,  
transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

130 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von  
Atomkraftwerken in  
131 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den  
132 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf  
Grundlage des  
133 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten  
134 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die  
Investitionen,  
135 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft  
begünstigen und  
136 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden  
Vorteil  
137 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von  
Atom Müll  
138 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der  
Endlagersuche  
139 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden  
einheitlichen  
140 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische  
141 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues

142 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und  
einer  
143 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den  
Entscheidungen zu Euratom  
144 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das  
Europäische  
145 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen,  
muss die  
146 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerative  
Stromquellen auch  
147 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende  
europaweit  
148 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der  
149 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in  
Luxemburg  
150 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

151 Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten – Klimapass für  
Bewohner\*innen von  
152 bedrohten Inselstaaten  
153

154 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches  
Phänomen  
155 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es  
deshalb  
156 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an  
die  
157 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden  
Menschen  
158 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt,  
diesen  
159 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb  
ihres  
160 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind  
die  
161 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase.  
Daher soll  
162 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer  
gemeinsamen  
163 Regelung den Bewohner\*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise  
unbewohnbar  
164 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu  
bestehenden  
165 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten  
mit  
166 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese  
gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse  
unterstützen,  
167 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit  
klimabedingter  
168 Migration, Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz  
169

beraten wird.

- 170  
171 CO<sub>2</sub> einen Preis geben und den Menschen das Geld
- 172 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen.  
Dieser Preis  
173 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem  
174 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und  
175 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionen  
geben,  
176 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige  
Investitionsentscheidungen zu  
177 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss  
die  
178 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter  
179 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO<sub>2</sub>-Preis eine echte Lenkungswirkung.  
Deutschland  
180 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen  
181 Staatengruppe einen gemeinsamen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis einführen; die Niederlande und  
Frankreich  
182 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine  
gesamteuropäische  
183 Lösung vorantreiben.
- 184 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir  
eine  
185 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen  
entsprechend  
186 für ihren jeweils spezifischen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes den wahren Preis kosten.
- 187 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht die Produktion dem  
europäischen  
188 CO<sub>2</sub>-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa  
zukünftig den  
189 Verbrauch von CO<sub>2</sub> und nicht die Produktion verteuern. Dadurch verhindern wir, dass  
der hohe  
190 CO<sub>2</sub>-Preis die Produktion und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Länder verlagert, in denen es  
keinen  
191 vergleichbar hohen Preis für CO<sub>2</sub> gibt. Den dafür notwendigen Grenzausgleich  
(„border carbon  
192 adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch wollen wir weitere  
193 umweltschädliche Effekte analog zur CO<sub>2</sub>-Besteuerung in eine umfassende  
Verschmutzungs- und  
194 Ressourcenbesteuerung aufnehmen.
- 195 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker  
belasten als  
196 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung an die  
197 Verbraucher\*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als  
Pro-  
198 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist,  
werden

199 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

200

201 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen werden,

202 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten und die

203 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

204 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen

205 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und  
206 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen.

Dennoch nehmen

207 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im  
Stich. Bei

208 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen,  
damit sie

209 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen

„Kohleausstiegsregionen“

210 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut  
und

211 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf  
Weiterbildung und

212 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom  
Strukturwandel

213 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner  
sollen

214 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen  
können."

215 Europas Energie vernetzen

216 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der  
nationalen

217 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng  
miteinander

218 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir  
brauchen

219 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die  
Weichen dafür

220 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür  
sorgen, dass

221 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das  
Projekt Nord

222 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben  
und den

223 Import von gefracktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine  
Alternative für die

224 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit  
Europas von

225 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen  
Anstrengung

226 überwunden werden.

227 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem  
gesamteuropäischen Stromverbund  
228 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere  
Basis  
229 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und  
verbinden  
230 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr  
231 Unabhängigkeit.

232 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die  
erneuerbaren  
233 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel  
steuerbaren  
234 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.

235 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen,  
die  
236 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss  
Leitschnur für  
237 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die  
Erzeugungspotenziale  
238 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und  
dezentralen  
239 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht  
und  
240 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein  
241 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.

242 Risikotechnologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die  
Einlagerung von  
243 CO<sub>2</sub> in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch  
Fracking  
244 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und  
Umwelt ab.

245 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die  
246 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken

247 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare  
Weise in  
248 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese  
ernormen  
249 Gelder in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu  
gehört zum  
250 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume  
speichern CO<sub>2</sub>,  
251 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür  
schlagen  
252 wir ein EU-Förderprogramm vor.

253 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

254 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die  
255 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher\*innen reduzieren. Diese

256 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für  
CO<sub>2</sub>-  
257 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz.  
Schlüssel für  
258 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg  
auf eine  
259 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und  
260 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg  
privater  
261 Verbraucher\*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen  
262 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen.  
Die vom EU-  
263 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene  
Produktgruppen  
264 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus.  
Wir  
265 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir  
266 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.  
267  
268 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare  
Energien  
269 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder  
einer  
270 Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei  
Neubauten  
271 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden  
und  
272 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur  
Solarenergienutzung  
273 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.  
274  
275 Nachhaltigen Konsum ermöglichen  
276  
277 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von  
Flugreisen  
278 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu  
Lasten  
279 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen,  
weniger zu  
280 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und  
Gewährleistungsfristen  
281 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung  
fördern.  
282 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.

283 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen  
wir.

284 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 285 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen  
286 Energieträgern  
sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,
- 287 • ein Programm, das Arbeitnehmer\*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt,
- 288 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen  
289 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher,
- 290 • einen wirksamen Preis für CO<sub>2</sub>,
- 291 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung.

## 292 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

293 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten  
jenseits  
294 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein  
Verkehrssystem, das  
295 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere  
Lebensqualität  
296 steigert. Steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie  
Feinstaub  
297 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen  
Straßen rauben  
298 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender  
Nahverkehr,  
299 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir  
ändern.  
300 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle  
nutzbar  
301 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität  
gestalten.  
302 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit  
modernsten  
303 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und  
Radverkehr,  
304 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote,  
weniger  
305 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in  
der Stadt  
306 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die  
Entwicklung  
307 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise  
308 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremsten.  
Mittelfristig  
309 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems  
im  
310 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

311 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt  
312 Milliarden in  
313 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert  
314 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern  
315 wir  
316 die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises auf alle fossilen Treibstoffe , damit aktuell saubere  
317 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen  
318 führt  
319 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO<sub>2</sub>. Die Beimischung  
320 dieser Stoffe  
321 wollen wir beenden.

318 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich  
319 belastet  
320 sind Anwohner\*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und  
321 treten  
322 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern  
323 und  
324 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität  
325 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen  
326 Frequenzen  
327 einzuhalten.

324 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder  
325 wollen  
326 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt  
327 lassen. . Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen  
328 wir  
329 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

328 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

329 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch  
330 mehr  
331 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart  
332 21, mit  
333 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt  
334 für  
335 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische  
336 Eisenbahnnetz ist noch  
337 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das  
338 2016 erstmals  
339 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche  
340 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das  
341 Programm  
342 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir  
343 mit wenig  
344 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren  
345 gerade die  
346 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für

339 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so  
kann  
340 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

341 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im  
342 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet  
nicht nur  
343 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die  
344 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein  
345 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und  
Bahnsteighöhen  
346 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr  
Personen-  
347 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die  
Belastung  
348 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene  
wird es  
349 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter  
350 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und  
Personenverkehr.

351 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen  
Metropolen und  
352 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame  
Finanzierung bzw.  
353 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz  
zusammenwachsen  
354 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative  
zu Auto  
355 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir  
machen  
356 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und  
Helsinki,  
357 Madrid und Budapest verbinden.

358 Weltmarktführer für saubere Mobilität

359 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der  
360 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und  
361 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus.  
Nur wer  
362 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann  
363 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel:  
Wertschöpfung,  
364 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu  
nennen.

365 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die  
CO<sub>2</sub>-  
366 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere  
Abgastests  
367 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen  
Bären dienst  
368 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom

fossilen  
369 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte  
europäische  
370 CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur  
und eine  
371 europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie  
Autos neu  
372 zugelassen werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch  
LKW, Busse,  
373 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und  
Flugzeuge nach  
374 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne  
des  
375 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu  
gestalten, sollen  
376 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die  
klimaneutral  
377 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil  
378 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die  
379 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.

380 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der  
Steuerprivilegien  
381 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die  
Produktion von  
382 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung  
und  
383 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an  
die  
384 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit  
seltenen Metallen,  
385 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die  
386 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie  
Busse  
387 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den  
388 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.

389 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von  
A  
390 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land.  
Mithilfe  
391 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse,  
Bahnen und  
392 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue  
Entwicklungen wie  
393 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den  
richtigen  
394 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir  
wollen die  
395 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität  
erhöhen.  
396 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und

## Regionen

- 397 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad-  
und  
398 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa  
haben.
- 399 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt
- 400 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs  
bringen.
- 401 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für die  
die  
402 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und eine  
eine  
403 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für den  
den  
404 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken  
wollen wir  
405 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu  
weniger  
406 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit  
407 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine  
eine  
408 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir  
eine  
409 entsprechende Hafeninfrastruktur.
- 410 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als  
411 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell  
verboten werden.
- 412 Wir wollen darüber hinaus eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe einführen,  
ähnlich  
413 der Flugverkehrsabgabe bzw. Kerosinsteuer. Derzeit sind Kreuzfahrtreisen nahezu von  
allen  
414 Steuern ausgenommen, der Schiffstreibstoff steht den Reedern ebenfalls steuerfrei zur  
415 Verfügung. Diese Ungleichbehandlung wollen wir abschaffen.
- 416 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als  
417 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell  
verboten werden.
- 418 Zur Erreichung ist eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur, sowie die Erforschung von  
419 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und  
Schiffsdiesel  
420 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer  
werden und  
421 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.
- 422 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.
- 423 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht  
besteuert. Das  
424 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der

internationale

425 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden, um  
seinen Beitrag

426 zum Schutz der Atmosphäre beizutragen.

427 Weiterhin setzen wir uns für die Reduzierung des Fluglärms ein. Die aktuellen  
Regelungen

428 sollen so ausgestaltet werden, dass sie wirksam zu Lärminderung führen.

429 Wer GRÜN wählt, stimmt für

430 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und  
vernetzte  
431 Mobilität,

432 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,

433 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,

434 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,

435 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

### 436 **1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen**

437 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial  
438 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten  
von

439 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen  
unter

440 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu  
leben,

441 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative  
Auswirkungen auf

442 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen  
bleiben

443 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und  
sozialen

444 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen

445 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen  
Stärken

446 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

447 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und  
CO<sub>2</sub>-armer

448 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die  
europäische

449 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So  
vereinen

450 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen

451 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste  
Produktionsweise

452 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern  
und

453 fordern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste  
Produktionsweise  
454 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die  
Ökodesign-  
455 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten  
456 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer  
457 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in  
Europa  
458 schaffen.

459 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem  
atemberaubenden  
460 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die  
wertvolle  
461 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen  
Kreislaufwirtschaft  
462 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie  
463 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus  
nachwachsenden  
464 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und  
recycelt  
465 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf  
Wiederverwendung und  
466 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.  
467 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe  
eine  
468 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von  
469 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der  
ganzen Welt  
470 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert  
und  
471 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig  
steigenden  
472 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es  
473 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren  
Umweltkosten belegt  
474 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für  
die  
475 Recyclingwirtschaft hat auch die europäische Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die  
476 ständige Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

477  
478 Regionale Wirtschaft stärken  
479

480 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,  
481 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die  
Bäckerei  
482 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie  
auch für den  
483 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen  
sind heute  
484 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und  
485 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die

486 Auswirkungen ihres Handelns stärker.  
487 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar  
488 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisgerechte  
489 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für  
490 kleine Betriebe.

491 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

492 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind  
493 damit Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem  
494 Planeten Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell  
495 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in  
496 Kohle, Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und  
497 Kommunen haben es vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen  
498 nachhaltig ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

499 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden  
500 müssen.

501 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist  
502 nicht nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte  
503 und die Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,  
504 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein  
505 Wachstumsmarkt, der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

506 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung  
507 schaffen.

508 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger  
509 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance  
510 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien  
511 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch gleichstellungspolitische,  
512 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel  
513 für nachhaltige Geldanlagen einführen.

514 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch  
515 das öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-  
516 Kriterien knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch  
517 und

515 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen  
wir  
516 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele  
bei der  
517 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und  
wiederholt vom  
518 Umweltbundesamt empfohlen.

519 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische  
520 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem  
kleinen  
521 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu europäischen  
Förderprogrammen für  
522 energie- und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

523 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen  
524 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine  
Strategie der  
525 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die  
526 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden.  
Unternehmen mit  
527 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei  
528 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.  
529

530 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt  
werden,  
531 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die  
532 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.

533 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 534 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 535 • ökologisch transparente Geldanlagen,
- 536 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
- 537 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende  
Wirtschaftsweise
- 538 in ganz Europa.

#### 539 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

540 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere  
541 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren,  
Pflanzen  
542 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben  
aus. Auf den  
543 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer  
weniger:  
544 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die  
Anzahl

545 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei  
uns  
546 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für  
die  
547 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen  
volkswirtschaftlichen  
548 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser  
aus.

549 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu  
stoppen.  
550 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo  
sie  
551 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete  
verteidigen,  
552 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass  
Großschutzgebiete  
553 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,  
554 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und  
Wolf, den  
555 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes  
Wolfsmanagement mit  
556 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-  
Wildtierkonflikten werden  
557 wir fördern.

558 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen  
559 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020  
560 aufzuhalten – und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern  
daher,  
561 umgehend eine ambitionierte europäische Strategie zum Erhalt der biologischen  
Vielfalt für  
562 den Zeitraum nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7.  
Umweltaktionsprogramm zu  
563 erarbeiten. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue  
564 Leitprinzipien verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter  
erfordert  
565 multilaterale Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der  
"gemeinsamen,  
566 aber unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser  
Klimaschutzabkommen  
567 streben wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum  
Erhalt der  
568 Biodiversität und für den Meeresschutz an.

569 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der  
Umwelt-  
570 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen  
Regierungen, die  
571 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten  
572 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische  
573 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des

Białowieża-Waldes

574 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in  
unserem  
575 Wasser verurteilt.

576 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss  
von der EU-  
577 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf  
allen Ebenen  
578 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-  
Kommission ihre  
579 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße  
gegen das  
580 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

581 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir  
abbauen und  
582 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir  
583 transeuropäische grüne Korridore für Biotope vorantreiben und den Naturschutz  
besser  
584 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte  
Natur. Dafür  
585 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in  
Europa  
586 verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und sein  
beschlossenes Ziel  
587 von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran, wenn wir das  
mit einer  
588 Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern, mehr agrarstrukturellen  
Elementen  
589 wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr ökologischem Landbau  
verbinden. Eine  
590 artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig strukturierten Landwirtschaft zu  
591 erreichen.

592 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht  
schaffen, mit  
593 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so  
kann der  
594 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden.  
Hierzu  
595 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine  
Verbandsklage im  
596 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse  
597 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

598 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 599 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 600 • grenzüberschreitende Biotope,
- 601 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 602 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

### 603 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

604 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche

605 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir

606 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-,

608 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften

609 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und das

610 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau

611 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als

612 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die Landwirt\*innen

613 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

614 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein Umfeld

615 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher\*innen haben das Recht

616 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände und

617 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel, eine

618 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnik-Kennzeichnung. Wir setzen uns für eine nachhaltige

620 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher\*innen ist und bei der Stadt und Land gemeinsam

621 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

622 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in Frankreich

623 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre nicht

624 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür

625 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw.

## Kompost

626 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für  
627 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum  
erhöhen wir  
628 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

629 Zusammen mit Landwirt\*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht:  
Immer mehr  
630 Verbraucher\*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte  
631 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen  
632 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit  
uns für eine  
633 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die  
634 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck  
bleibt  
635 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach  
ökologischen  
636 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

637 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit  
fruchtbare Böden  
638 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist  
ungemindert hoch  
639 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine  
der  
640 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des  
Ausstoßes  
641 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

642 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die  
europäische  
643 Landwirtschaft zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser,  
Artenvielfalt und  
644 Tieren steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die europäische  
645 Agrarpolitik sollte dazu beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in  
Europa  
646 nicht die natürlichen Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in  
sich  
647 entwickelnden Ländern zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die  
Märkte  
648 Afrikas, Asiens und Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass  
die  
649 bäuerliche Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen  
Entwicklungsziele  
650 erreicht werden.

651 Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung

652 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen  
anzupassen,  
653 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderpolitik grundlegend  
654 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit

denen die  
655 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und  
656 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung.  
Die  
657 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.  
658 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über  
gesetzliche  
659 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das  
Gemeinwohl  
660 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen.  
Öffentliche  
661 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und  
Umwelt  
662 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen  
Landwirtschaft,  
663 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und  
flächengebundene  
664 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe,  
die  
665 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen.  
Die bisher  
666 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell  
wirtschaftenden  
667 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches  
Geld für  
668 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.  
669 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die  
670 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für  
jedwede  
671 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle  
672 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern  
wir einen  
673 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der  
674 Agrarlandschaft.  
675  
676 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer\*innen in ärmeren Ländern dabei zu  
unterstützen, mit  
677 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen  
und so  
678 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die  
Länder auch  
679 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein  
Monitoring  
680 der externen Auswirkungen der GAP einführen.  
681  
682 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und  
Landwirte in  
683 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinstherzeuger\*innen wie etwa in Afrika  
und

684 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben  
langfristig  
685 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur  
Agrarwende leisten.  
686 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu  
stabilisieren.  
687 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu  
beenden.

688 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen  
689 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird  
690 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren  
entdecken Ackerland  
691 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen:  
Für  
692 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer\*innen ist es kaum noch  
möglich, zu  
693 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

694 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt  
werden, etwa  
695 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahlen pro Nutznießer (und nicht nur  
pro  
696 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere  
Betriebe zu  
697 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der  
698 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine  
699 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen  
geschützt  
700 werden.

701  
702 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim  
Menschen zu  
703 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung  
704 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte  
Haltung und  
705 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

706 Trinkwasser und Gewässer schützen  
707 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem  
Wasser ist  
708 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen  
ordentlichen Zugang  
709 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation.  
In  
710 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu  
einem immer  
711 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und  
verschmutzt

712 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern,  
gründete  
713 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an  
unterstützt  
714 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten  
trugen diese  
715 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem  
Versuch  
716 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für  
internationale  
717 Unternehmen zu machen.

718 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten  
ökologischen  
719 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie  
garantieren  
720 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen Europas noch meilenweit entfernt.  
721 Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der  
Wasserrahmenrichtlinie  
722 ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren. Außerdem wollen  
wir den  
723 Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz Pestizide weiter  
zurückdrängen.

724 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!

725 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige  
726 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung,  
Monokulturen,  
727 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

728 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir  
die  
729 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie  
schaden  
730 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen  
wir uns  
731 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon  
einmal  
732 auf europäischer Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat.  
Die  
733 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten  
Vorsorgeprinzips  
734 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen.  
Es braucht  
735 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.  
736

737 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die  
Schaffung von  
738 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster,  
739 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

740 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken

741 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der  
742 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste  
landwirtschaftliche  
743 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu  
Agroforstsystemen  
744 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig  
745 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial  
ist  
746 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere  
747 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische  
Methoden – zu  
748 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit  
einem  
749 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und  
750 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller  
751 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.

752 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im  
medizinischen  
753 Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der  
754 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum  
755 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an  
Biodiversität und  
756 landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder  
Argentinien  
757 als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von  
Totalherbiziden  
758 wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große  
759 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,  
760 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute  
weitgehend  
761 frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher\*innen  
gegen  
762 Gentechnik.

763 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren  
entsprechend der  
764 Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik  
europaweit angewandt  
765 wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und  
766 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik  
auf dem  
767 Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für  
Verbraucher\*innen  
768 und Landwirt\*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet  
wird. Weil  
769 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass  
keine  
770 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die  
Zulassungsverfahren durch  
771 die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne  
durchgeführt

772 werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in  
773 öffentliche  
774 Forschung investiert werden.

774 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung,  
775 sondern  
776 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der  
777 weitere  
778 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden.  
779 In  
780 diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch,  
781 dass bei der  
782 finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im  
783 Ständigen  
784 Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht  
785 akzeptieren.

780 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung  
781 angemessen  
782 beteiligt und gehört wird.

782 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die  
783 mit  
784 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche  
785 gekennzeichnet  
786 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen  
787 Landbaus ist  
788 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur  
789 gesamtschuldnerischen  
790 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den  
791 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik  
792 hergestellt wurden, angerechnet werden.

789 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!

790 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt  
791 zu immer  
792 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht,  
793 gerade in den  
794 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei  
795 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der  
796 Verbraucher\*innen unterlaufen wird.

795 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und  
796 Leben  
797 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben.  
798 Das Recht  
799 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und  
800 auf Tiere  
801 geben. Zugleich fordern wir ein dauerhaftes Verbot des Klonens in der EU. Den Import  
802 von  
803 Klonen sowie Produkten von deren Nachkommen lehnen wir ab.

800 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer\*innen weltweit auf freien Austausch und  
kostenlose  
801 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau  
lokaler  
802 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt  
erhalten und  
803 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung  
zu  
804 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des  
Klimawandels zu  
805 machen.

806 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet  
gegen die  
807 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel  
zur  
808 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen  
müssen auch die  
809 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die  
betroffenen  
810 Bäuer\*innen geprüft werden.

811  
812 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 813 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 814 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 815 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 816 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,
- 817 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

### 818 **1.6 Tierschutz stärken**

819 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen  
Tierbeständen.  
820 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn  
wir nicht  
821 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb  
sollten  
822 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche  
begrenzt wird.  
823 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen  
824 grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die  
825 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.  
826  
827 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich  
eine  
828 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten  
Preise  
829 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere  
durch

830 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen  
schützt. Wir wollen  
831 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn  
Jahren durch  
832 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den  
Bedürfnissen der  
833 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen,  
sollen  
834 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a.  
durch  
835 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.  
836  
837 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden  
838 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass  
Tiere  
839 verpflichtet zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt  
zu dem, der  
840 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden  
841 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen  
fördern  
842 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine  
Infrastruktur  
843 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch,  
Schlachthöfe  
844 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu  
überwachen. Dabei  
845 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort  
geahndet  
846 werden.  
847  
848 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht,  
Schlachtung,  
849 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das  
geltende Recht  
850 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer  
Ebene stärken.  
851 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet  
werden.  
852  
853 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU  
sowie  
854 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen  
Samen und  
855 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht  
856 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-  
Binnenmarkt  
857 eingeführt werden.  
858  
859 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf  
weitere  
860 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.

861 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen  
sowie  
862 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende  
Alternativen sind  
863 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben  
haben. Wir  
864 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen  
865 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration,  
gestärkt  
866 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und  
Katzen  
867 wollen wir einführen.  
868  
869 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind  
870 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen  
illegalen  
871 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in  
die EU  
872 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler  
Artenschutzabkommen (z. B.  
873 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in  
874 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen  
wir den  
875 Import beenden, internationale Arterhaltungs-zuchtprogramme jedoch ermöglichen.  
876  
877 Fischbestände schützen  
878 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von  
gut  
879 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt  
und die  
880 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von  
Fischbeständen  
881 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der  
882 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-  
Fischereipolitik  
883 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet  
884 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-  
885 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie  
scharfe  
886 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die  
887 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich  
verbieten.  
888 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wie wollen Alternativen  
zur  
889 Stellnetz- und Schleppnetz-fischerei voran bringen, um die Umwelt- und  
Tierschutzschäden zu  
890 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen,  
die  
891 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen

wollen wir

892 zum europäischen Standard erklären.

893

894

895 Wer GRÜN wählt, stimmt für

896 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,

897 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,

898 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

### 899 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

900 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen  
901 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In  
den

902 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere  
Flüsse und

903 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal  
umsteuern, wird

904 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik  
sogar in

905 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

906 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und  
907 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann

908 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon  
in Salz,

909 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu  
uns

910 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht.  
Denn durch

911 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur  
Erhitzung

912 unserer Erde beiträgt.

913 Plastikflut eindämmen

914 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch  
915 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen  
Tonnen

916 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die  
Hand

917 nehmen.

918 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle  
Minderungsziele für

919 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren  
Verpackungsabfall in

920 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin  
deponiert

921 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten

922 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder  
kosteneffizient  
923 recycelt werden können.

924 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist  
925 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende  
Verwendung  
926 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf  
Plastik nicht  
927 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei  
Trinkhalmen  
928 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

929 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen  
und  
930 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen,  
Plastikgeschirr  
931 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die  
Überlegungen der  
932 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen  
uns dafür  
933 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der  
Industrie  
934 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt  
wird. Auch  
935 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich  
Einhalt zu  
936 gebieten.

937 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche  
Abgabe bietet  
938 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden.  
Zugleich  
939 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas  
zur  
940 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von  
Plastik  
941 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung  
von  
942 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign  
eingebettet  
943 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen  
Materialien  
944 auszubauen.

945 Recycling stärken

946 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der  
EU-  
947 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die  
Recyclingkapazitäten  
948 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und  
949 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren

## Beitrag

- 950 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen  
Materialien  
951 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.
- 952 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in  
Deutschland ein  
953 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf europäischer Ebene noch  
Handlungsbedarf.
- 954 Qualitativ hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das  
ist  
955 wesentlich ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel  
ist  
956 eine Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon  
sehr viel  
957 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt  
958 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für  
Einweggetränkeflaschen  
959 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese  
Wegwerfprodukte  
960 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.
- 961 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild  
sein.
- 962 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention  
unter  
963 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine  
Grenzen.
- 964 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 965 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
  - 966 • eine europäische Plastiksteuer,
  - 967 • verbindliche Mehrwegquoten,
  - 968 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.